Zeitschrift: Badener Neujahrsblätter

Herausgeber: Literarische Gesellschaft Baden; Vereinigung für Heimatkunde des Bezirks Baden

Band: 97 (2022)

Artikel: 50 Jahre Einwohnerrat Baden

Autor: Tremp, Urs

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-965683

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Urs Tremp

50 Jahre Einwohnerrat Baden

Es war, wie Ingrid Zwimpfer sich erinnert, keine Feierstunde, sondern der pragmatische Vollzug eines ein Jahr zuvor gefallenen Entscheids – ganz ohne festliche Stimmung. Am 8. Juni 1972 trat erstmals der Badener Einwohnerrat – das Gemeindeparlament – zusammen. Er wählte Präsident (Wendolin Stutz), Vizepräsident (Rudolf Dietrich), Wahlbüro, Geschäftsprüfungskommission und eine Sonderkommission zur Prüfung des (provisorischen) Geschäftsreglements.

Ingrid Zwimpfer (SP) war eine von sieben Frauen, die dem ersten Badener Einwohnerrat angehörten. Zuvor war sie Mitglied der Schulpflege gewesen und als politisch interessierte und aktive Frau gerne bereit, das erst ein Jahr zuvor erworbene Stimmrecht für die Frauen aktiv wahrzunehmen. «Ich glaube auch», sagt sie heute, fünfzig Jahre später, «dass die Einführung des Frauenstimmrechts eine wesentliche Rolle gespielt hat, dass die Badenerinnen und Badener der Einführung eines Parlaments anstelle der Gemeindeversammlung zugestimmt haben. Die Gemeindeversammlung wäre einfach zu gross geworden.» Allerdings relativieren die Tatsachen diese Vermutung ein wenig: Trotz der erstmaligen Teilnahme der Frauen hatten nämlich an der Gemeindeversammlung vom 1. Juli 1971 nur 1007 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger teilgenommen, lediglich 300 mehr als an der letzten reinen Männerversammlung vom Dezember 1970.

Gemeindeversammlung ade

Mit wenig Begeisterung – «in einer kampf- und lustlosen Abstimmung», schreibt Albert Räber in den Badener Neujahrsblättern 1973 – hatten die Badener Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 6. Juni 1971 der Einführung des Einwohnerrats an der Urne zugestimmt (1326 Ja- zu 389 Nein-Stimmen). Baden gehörte damit zu den letzten grösseren Gemeinden im Aargau, welche die Gemeindeversammlung durch einen Einwohnerrat ersetzten. In Wettingen, Brugg, Zofingen, Wohlen und Neuenhof waren die Einwohnerräte ab 1966 eingeführt worden, nachdem dies mit dem 1963 vom Stimmvolk gebilligten Gesetz über die ausserordentliche Gemeindeorganisation möglich geworden war. Die Badener Stimmbürger (damals noch rein männlich) hatten am 13. September 1964 bei einer ersten Vorlage die Einführung eines Gemeindeparlaments freilich noch mit 1000 Nein- gegen 818 Ja-Stimmen abgelehnt.

Adrian Meyer, der zwar nicht zur ganz ersten Generation der Badener Einwohnerräte gehörte, aber ab 1974 als Mitglied

der CVP-Fraktion dem Rat angehörte, vermutet, dass die Exekutive mit dem starken Stadtammann Max Müller und seinem ebenso starken Stadtschreiber Victor Rickenbach (dem späteren Stadtammann) wenig Interesse an einem Gemeindeparlament hatte. Es war für sie einfacher, Vorlagen durch eine Gemeindeversammlung zu bringen als durch ein Parlament, in dem die Fraktionen sich vertiefter und genauer mit den Geschäften auseinandersetzten. Meyer: «Müller und Rickenbach wussten natürlich, dass die Geschäfte anders durch einen Einwohnerrat gebracht werden müssen als zuvor durch eine Gemeindeversammlung.»

Offenbar leistete Max Müller ganze Propaganda- und Überzeugungsarbeit, denn Baden hielt noch ein paar Jahre an der Gemeindeversammlung fest. Adrian Meyer sagt heute: «Vielleicht hatte man in Baden aber auch einfach Angst vor Veränderung und wollte an einer Tradition festhalten.» Albert Räber formulierte es im bereits zitierten Artikel in den Badener Neujahrsblättern so: «Es steht ausser Zweifel, dass mit der Aufgabe der Gemeindeversammlungen eine uralte Einrichtung der Demokratie, der Entwicklung, dem Wachstum, der Verstädterung, zum Opfer fiel. Der direkte Kontakt des Bürgers mit seiner Behörde fällt dahin. Die Kontrolle wird Spezialisten übertragen. Der Einzelne wird sich darauf verlassen, dass sie, die Gewählten, ‹es› machen und wird sich noch mehr als bisher am öffentlichen Geschehen desinteressieren. Diese Tendenz freilich ist in den letzten Jahren, auch trotz Gemeindeversammlung, überall festzustellen. Der Vorwurf, dass in der Gemeindeversammlung nur ein paar Routiniers zu Worte kamen, war nicht ganz unberechtigt. Doch kam es immer und immer wieder vor, dass irgendeiner aufstand, den kaum jemand kannte und seiner Meinung Ausdruck verlieh. Es war schön, wenn der Protokollführer fragen musste: Wie heisst der? Da stand eben doch – wenn auch selten – der unbekannte Bürger auf, um zum Rechten zu sehen.» Ein (zu) romantischer Blick auf die Gemeindeversammlung? Adrian Meyers Erinnerung jedenfalls ist anders: «Die Gemeindeversammlungen in der Stadthalle Aue waren ein fast folkloristischer Anlass mit Alleinunterhalter Max Müller. Kaum jemand hat sich getraut, aufzustehen. Die wenigen, die auftraten, kannte man.»

Eine andere Art von Politik

Der Einwohnerrat setzte dieser Art von Volksdemokratie ein anderes Modell entgegen. Adrian Meyer: «An den Gemeinde-

versammlungen hatte man nie das Gefühl, dass Geschäfte umgekrempelt werden könnten. Das wurde mit dem Einwohnerrat anders. Man hat in den Fraktionen die Vorlagen studiert und behandelt und kam gut vorbereitet in die Sitzungen. Die Gemeindepolitik wurde seriöser.» Ingrid Zwimpfer sagt: «Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte waren sicher besser vorbereitet als das Gros der Stimmbürger an einer Gemeindeversammlung.»

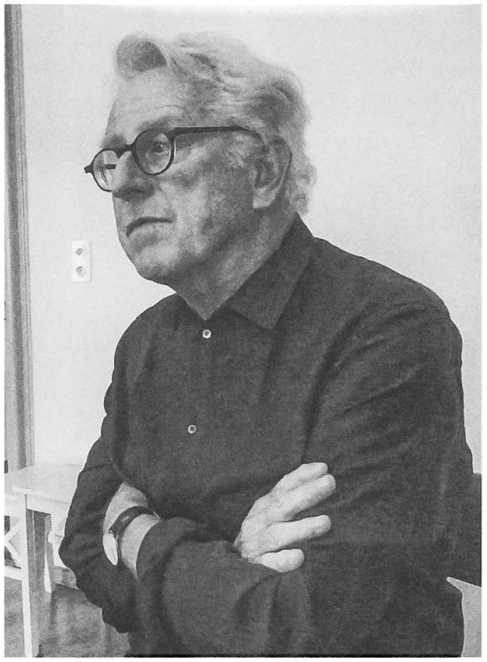
Die Befürchtung, dass mit der Einführung eines Gemeindeparlaments und damit dem Wechsel zu einer repräsentativen Demokratie ein Stück althergebrachte Tradition (direkte Demokratie) aufgegeben würde, konnte und kann Ingrid Zwimpfer nicht teilen: «Es gibt ja die Möglichkeit, gegen bestimmte Entscheide das Referendum zu ergreifen. Und bei Krediten, die eine bestimmte Geldsumme übersteigen, ist eine Volksabstimmung zwingend vorgeschrieben. Soooo mächtig ist der Einwohnerrat also gar nicht.»

Was heute auffällt, wenn man die Namen der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte von 1972 Revue passieren lässt: Viele der Gewählten gehörten zur sogenannten Badener Gesellschaft, waren schon etabliert, bevor sie in den Einwohnerrat gewählt wurden. Tatsächlich erinnern sich Ingrid Zwimpfer und Adrian Meyer, dass man sich über die Fraktionsgrenzen hinaus kannte und miteinander Kontakt hatte. Adrian Meyer etwa verband ein freundschaftliches Verhältnis mit dem Fraktionschef der Freisinnigen. Ebenso unverkrampft sei der Kontakt zur SP und zum linksliberalen Team gewesen. «Man wusste, wo die andern stehen. Ein rigoroses Kastendenken habe ich nie erlebt. Das Parlament – so jedenfalls habe ich es empfunden – lebte mehr von Persönlichkeiten und nicht von Programmen.» Ingrid Zwimpfer ergänzt: «Ich gehörte zwar in erster Linie zur sozialdemokratischen Fraktion, aber es gab natürlich informelle Kontakte gerade mit den Frauen, die mit mir in den ersten Einwohnerrat gewählt worden waren.»

Fünfzig Jahre sind vergangen seit der Einführung eines Gemeindeparlaments in Baden. Andernorts sind die in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren eingeführten Einwohnerräte wieder abgeschafft worden, fünf insgesamt im Kanton Aargau (u. a. in Neuenhof und Spreitenbach). Heute gibt es im Kanton noch zehn Gemeindeparlamente. Seit 1974 sind keine neuen dazugekommen. In Baden stand eine Abschaffung nie zur Diskussion. Und so kann im Frühsommer 2022 das 50-Jahr-Jubiläum des Badener Einwohnerrats gefeiert werden. «Dass in Baden möglichst viel lebendiger Geist in die Zeit des Einwohnerrates

Ingrid Zwimpfer (*1939) war von 1972 bis 1988 Einwohnerrätin. Sie gehörte der SP-Fraktion an. Sie war Juristin und beim kantonalen Erziehungsdepartement im Bereich Ausbildungsförderung tätig.

Adrian Meyer (*1942), Prof. em. ETH, gehörte von 1974 bis 1986 dem Einwohnerrat an, parteilos auf der Liste der CVP. Er gründete 1968 ein Architekturbüro, dem er bis heute angehört.



Bilder: Urs Tremp.

hinüber fliesse», das wünschte sich vor 50 Jahren Albert Räber (damals selbst Mitglied des Rates), und «dass dieser Rat dem Bürger das Gefühl der Mitverantwortung vermitteln kann, wird in den nächsten Monaten und Jahren eine schwere, aber schöne Aufgabe sein.»